neldungen.

er Eisenbahntarif-
hlen.

ot. Infolge der weiter
für Rohstoffe und Be-
ge der großen, auf der
gaben, sieht sich die
. die Schlüsselzahlen
Schlüsselzahl für den
000 000 und für den



t!
Maggi-
aus der
-Flasche

nntag, 23. Septbr.
Uhr: Pastor Florin.
ienst.
Pastor Florin. 10 Uhr:
Uhr: Pastor Wischnath.
ission, Kuhstraße 7.
: Vertreterversammlung
nachmittags 4 Uhr:
7,30 Uhr: Gemischter
chm. 3 Uhr: Missions-
Uhr: Vortrag eines
Blauen Kreuzes. Don-
30 Uhr: Vortrag des

nd Börse.
g am 21. September 1923.

. . .	48 308 000
. . .	36 892 000
. . .	5 513 750
. . .	17 466 000
. . .	19 949 750
. . .	29 273 500
. . .	2 957 375
. . .	4 912 250
. . .	501 250 000
. . .	1 10 275 000
. . .	6 496 200
. . .	19 448 500
. . .	14 937 250
. . .	155 388
. . .	3 308 250
. . .	5 815

Opfer
sschen
zu sein.
s öffent-
nen alles
r guten
täglich
reignisse
aftlichen
? Wir

ichi!
uge der
g ein. Die
hat sich
nicht nur
Ausland
balen und
n Zeitung
are Aus-
eisen der
r. Der
wahl des
gsstoffes
Leser.
ätzen des
riegebiets
n übrigen
mpfehlen,
en Monat

schen Zeitung.

Schlafstelle
mit Morgenkaffee
gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle.

Felle
werden laufend gekauft.
A. Landau,
Schwerte
Hagenerstraße 2
Tel. 160.

Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langschieder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. u. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 224 — **Montag, 24. September 1923** — **56. Jahrgang**

Einzelnummer 1 500 000 Mk.

Zum Geleit.

Der gute Wille ist das Kostbarste in dem Menschen; er gibt allem übrigen Adel und Wert, und darin besteht der ganze Mensch.

Fenelon.

Neuigkeiten.

Wie hier verlautet, hat Kronprinz Rupprecht an Dr. Stresemann einen Brief gerichtet, in dem er dem Kanzler vertrauliche Mitteilungen über die innere Lage in Bayern gibt.

*

Das Zentralschlichtungsamt der Deutschen Buchdrucker hat für die Woche vom 22. bis 28. ds. Mts. einen Schiedsspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 850 Millionen Mark vorsieht.

*

Die Buchhändlerschlüsselzahl ist auf 35 000 000 erhöht.

*

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau ist in Moskau eingetroffen.

*

Nach der „B. Z." wurde ein Maurergehilfe verhaftet, der in Neu-Tempelhof seit zwei Jahren eine umfangreiche Praxis als Frauenarzt ausübte.

*

Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte den Wirtschaftskammern ien Darlehen von 150 Milliarden Mark.

*

In Michendor (Mark) starb dieser Tage der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Otto Böckel im 65. Lebensjahre.

*

Auf seinem Gute Mauren im württembergischen Oberamt Loblingen ist der frühere badische Ministerpräsident Dr. Alexander Freiherr von Dusch im Alter von 72 Jahren gestorben.

*

Das durch Urteil des Volksgerichts München I vom 21. August 1923 gegen den Studierenden der Forstwirtschaft August Zwengauer wegen Verbrechen des Mordes gefällte Todesurteil ist im Gnadenwege auf lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden. (Zwengauer gehört einer rechtsradikalen Gruppe an und hatte bekanntlich den Studenten Bauer, der zu derselben deutschvölkischen Gruppe gehörte, erschossen und die Leiche in die Isar geworfen.)

*

Bei der Einsegnungsfeier der Tochter erkrankten gestern vier Mitglieder der Familie Zember in Berlin in der Rheinholdstraße infolge Genusses von selbstgesammelten Pilzen. Es besteht bei allen Lebensgefahr.

*

Als bezeichnend für unsere heutigen Ernährungsverhältnisse kann es gelten, daß in verschiedenen bayerischen Städten Hundeschlächtereien betrieben werden, beispielsweise in Augsburg nicht weniger als zehn.

*

In den nächsten Tagen trifft das Mitglied des englischen Parlaments Frank Grey (unabhängiger Liberaler) in Moskau ein.

*

Das englische Königspaar wird Anfang nächsten Monats nach London zurückkehren. Der König und die Königin werden sich dann nach der York Cottage in Sundringham begeben, wo auch die Hochzeit der Prinzessin Maud stattfinden wird.

*

„Petit Parisien" meldet aus London, daß die Hochzeit des schwedischen Kronprinzen mit Lady Mountbatton am 3. November stattfinden wird. Der König von Schweden werde der Hochzeit beiwohnen.

Ein englischer Trawler beendigte die Arbeiten an der Wiederherstellung des Telegraphenkabels das Murlanst mit England verbindet.

*

Der polnische Eisenbahnvizeminister Eberhardt hat sich zur Konferenz der internationalen Eisenbahnunion nach Paris begeben.

*

Eine Abordnung russischer Fachleute ist nach Amerika entsandt worden, um sich über die praktischen Errungenschaften der Baumwollkultur zu unterrichten.

*

In Petersburg ist das erste Schiff direkt aus Amerika eingetroffen.

*

Der Vertreter des russischen Volkskommissariates für Verkehrswesen, Delgaß, ist nach Paris abgereist, um an den Sitzungen der internationalen Eisenbahnunion teilzunehmen.

*

Am 24. September werden die Verhandlungen zwischen der Sowjetrepublik und Rumänien wegen der widerrechtlichen Ueberschreitungen des Dnjestr wieder aufgenommen.

*

Nach Angaben der bolschewistischen Presse sind in Petersburg bis zum 1. September insgesamt 271 Lokomotiven aus Schweden eingetroffen. Die Gesamtsumme der in Schweden im Jahre 1921 bestellten Lokomotiven beträgt 500. Vor dem Abschluß der diesjährigen Navigationen sollen noch 500 Lokomotiven aus Schweden eintreffen. Die bisher den russischen Bahnen übergebenen 271 Lokomotiven sind den verschiedensten Bahnlinien zugute gekommen, so u. a. der Nordbahn, der Murmanbahn, der Moskauer-Kasaner Bahn, der Südbahn, der transkaukasischen Bahn usw.

*

Der Sturz der deutschen Reichsmark nähert uns immer mehr bolschewistischen Zuständen. Dauert der Rückgang der Mark an den Börsen nur noch einige Wochen an, so dürfte die Reichsmark den Stand des Sowjetrubels erreicht haben. Am 13. September notierte an der Moskauer Fondsbörse der Dollar mit 574 Millionen Rubel und das englische Pfund 2 630 000 000 Rubel der Emission vom Jahre 1923, das h. 2 Milliarden 630 Millionen alte Sowjetrubel.

*

Nach offiziellen bolschewistischen Angaben sind vom 1. Oktober 1922 bis zum 30. Juni ds. Js. aus der Ukraine Waren für 11 728 000 Goldrubel ausgeführt worden. Unter den Ausfuhrgütern spielten Flachs, Leder und Borsten die Hauptrolle, und neuerdings hat die Getreideausfuhr stark eingesetzt.

*

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington bereitet das Marinedepartement die Ueberführung des Zepelins Z R 3 von Friedrichshafen nach Lakehürst (New Jersey) vor. Die Ueberführung soll Anfang November vor sich gehen. Es ist beabsichtigt, den Flug über Frankreich, die Azoren und die Barmuda-Inseln vorzunehmen und von dort nach Lakehurst zu steuern. Die Gesamtentfernung beträgt 7200 Kilometer. Auf dem ganzen Wege werden für den Fall, daß ein Unfall eintritt, Schiffe der amerikanischen Kriegsmarine Wache halten.

*

Der amerikanische Zeitungsdruckerverband hat 2000 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie „während schwebender Verhandlungen zu Unrecht die Arbeit niederlegten".

*

Das griechische Ministerium macht bekannt, daß es infolge des Seeräuberunwesens im Schwarzen Meere ratsam sei, alle dorthin bestimmten Handelsschiffe zu bewaffnen.

*

Nach Blättermeldungen haben türkische Truppen das strittige Gebiet von Bulakbachi an der türkisch-persischen Grenze besetzt.

*

Die wichtigsten Entscheidungen stehen bevor!

Heute Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin. — Regierung und Ruhrbevölkerung entscheidet. — Die Berliner Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland eingestellt. — Ueber eine Billion Devisen in Leipzig beschlagnahmt. Der Devisenkommissar in München.

Besprechungen über den Ruhrkampf.

Der „Leipziger N. Nachr." entnehmen wir:

Wie wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, stehen für heute wichtige politische Entscheidungen bevor. Heute und morgen werden die Ministerpräsidenten der Länder sowie die Vertreter der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der politischen Parteien aus den besetzten Gebieten zu entscheidenden Besprechungen in Berlin eintreffen.

Die Regierung wird unter keinen Umständen irgendeine Entscheidung treffen, ohne daß die Vertreter von Rhein und Ruhr hinzugezogen werden und ohne daß diese zum Mitträger wichtiger Entscheidungen gemacht werden.

Die untrennbare Gemeinsamkeit der besetzten Gebiete mit dem Reich wird bei den unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen selbstverständlich ausschlaggebend sein. Eine Kapitulation, die Rhein- und Ruhrgebiet aufgibt, wird diese Entscheidung nicht bringen. Die Fortsetzung oder Aufgabe des passiven Widerstandes wird in maßgebenden Kreisen als eine rein taktische Frage betrachtet. Ohne die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete, ohne die Wiederherstellung des normalen Rechtszustandes und der Arbeitsfreiheit gibt es für Deutschland kein Unterhandeln.

Das Gerücht, daß am Freitag abend eine äußerst wichtige Kabinettssitzung oder sonstige entscheidende Besprechungen in der Reichsregierung stattgefunden hätten, wird von zuständiger Stelle für unrichtig erklärt.

„Wir sind kein zusammengebrochenes Volk".

Reichskanzler Stresemann hat dem Vertreter des „National Tidende" in Berlin gegenüber sich über Deutschlands gegenwärtige und zukünftige Lage geäußert. Der Kanzler erklärte, Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfänder zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschlands nächster Zukunft gefragt, erklärte der Kanzler, diese hänge von dem deutschen Volke selbst ab. „Wir sind," meinte der Kanzler, „nicht so schlecht, wie man uns macht." Fragen Sie die Franzosen und Engländer, die nun unsere Kolonien haben. Deutschland braucht sich seiner dortigen Politik nicht zu schämen. Wir sind ein zerrüttetes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk; gebeugt, aber nicht gebrochen, warten wir der Zukunft."

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags

wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag kommender Woche zu einer Aussprache über die politische Lage zusammentreten. Wie bereits bekannt, wird bei dieser Gelegenheit der Reichskanzler einen Bericht über die politische Lage erstatten.

Frankreich will nicht mehr verhandeln.

Paris, 22. Sept. Der Berliner Vertreter des „Journal" versichert ausdrücklich — und zu dieser Erklärung ist er zweifellos durch den französischen Botschafter in Berlin ermächtigt worden —, die Vertreter Frankreichs in Berlin hätten den formellen Auftrag erhalten, **mit dem Reichskanzler keine Verhandlungen und kein deutsches Dokument zur Kenntnis zu nehmen**, solange der passive Widerstand nicht vollkommen aus der Welt geschafft sei und nicht alle offiziellen Verordnungen zu dem Widerstand aufgehoben wären. Dieser Standpunkt Frankreichs werde dem Reichskanzler offiziell bekannt gegeben. Und seit diesem Tage fand auch kein Gedankenaustausch mehr statt.

Diese Mitteilung, die dem Reichskanzler zuging, macht den Eindruck, als ob dem Fuchs die Trauben zu sauer wären. Man macht sich in Paris mit dem Gedanken vertraut, daß **Stresemann den französischen Wünschen doch nicht gefügig ist**, wie man gehofft hatte, und da Stresemann immer noch nicht den passiven Widerstand absagen läßt will man sich eine Rückendeckung dadurch schaffen, daß man dem Reichskanzler mitteilen ließ, man wolle mit ihm nicht verhandeln.

*

Uebrigens ist es an der Zeit,

die Geschichte der französischen Verhandlungen

der letzten Zeit auch technisch darzustellen. Als das neue Reichskabinett ans Ruder kam, machte der französische Botschafter den üblichen Antrittsbesuch, wobei nur einige Höflichkeitsworte gewechselt wurden. Später kam der Botschafter in die Wilhelmstraße, um über einige der vielen laufenden Angelegenheiten zwischen Deutschand und Frankreich zu sprechen. Hierbei kam das Gespräch auch auf die Lage an der Ruhr und der Kanzler machte einige Andeutungen, wie der Konflikt gelöst werden könnte. Der Botschafter erstattete seiner Regierung über diese Gespräche Bericht und kam einige Tage später wieder in die Wilhelmstraße mit der Bitte, das erste Gespräch fortzusetzen und Mitteilung zu erhalten, wie der Kanzler sich die Lösung des Konfliktes denke. Stresemann machte zwei Tage nachher einen Gegenbesuch auf der französischen Botschaft.

Jedenfalls steht fest, daß die Reichsregierung nicht den ersten Schritt tat, um Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes einzuleiten, vielmehr mußte man in der Wilhelmstraße den Eindruck haben, daß Frankreich an solchen Verhandlungen gelegen wäre.

Aus diesem Grunde sah sich der Reichskanzler veranlaßt, dem französischen Botschafter Mitteilungen über die Absichten der Reichsregierung zu machen. Man kann also in Paris **nicht** behaupten, daß **Deutschland** zu diesen Verhandlungen gedrängt hätte. Wenn man nunmehr erklären läßt, daß man die Fortsetzung **nicht** wünscht, so liegt der Hauptgrund darin, daß man einzusehen beginnt, daß Deutschland die ihm gestellten Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen will.

Berlin bestätigt.

Die Tatsachen geben dieser Meldung recht. Wie gemeldet wird, sind die Besprechungen, die zwischen dem französischen Botschafter u. dem Reichskanzler wiederholt stattgefunden haben, eingestellt worden. Ob es sich hierbei um eine generelle Anweisung des französischen Ministerpräsidenten handelt, steht im Augenblick noch nicht fest.

*

Reiche Devisenbeute in Leipzig.

Devisen im Gesamtwerte von mehr als einer Billion 500 Milliarden durch den Steueraußendienst beim Landesfinanzamt Leipzig beschlagnahmt.

Der Steueraußendienst beim Landesfinanzamt Leipzig ist in den letzten Wochen tatkräftig und erfolgreich dem **wilden Devisenhandel** zu Leibe gegangen und hat durch planmäßigen Ueberwachungsdienst zahlreiche Einzelfälle von Devisenschiebungen aufgedeckt. Eine große Anzahl Festnahmen und Durchsuchungen förderten ausländische Zahlungsmittel im Werte von mehr als einer Billion 500 Milliarden zutage. So wurde z. B. bei der Verfolgung eines wilden Devisenhändlers entdeckt, daß

in einem Leipziger großen Hotel

Angestellte die Einwechslung fremder Zahlungsmittel in unerlaubter Weise betrieben. Dieser Fall allein ermöglichte eine Beschlagnahme von Devisen für etwa 150 Milliarden Mark. Sogar bei einem Bankgeschäfte führten die Ermittelungen zur Aufdeckung großangelegter Hinterziehungen von Börsenumsatzsteuer und unerlaubter Devisengeschäfte. — In den in den letzten Wochen bearbeiteten Fällen wurden z. B. **folgende ausländische Zahlungsmittel beschlagnahmt:**

1331,5 Dollars, 139,8 englische Pfunde, 12 830 tschechische Kronen, 4 Millionen österr. Kronen, 1867 holländische Gulden, 968 franz. Francs, 653 schweizer Francs, 305,5 dänische Kronen, 335 schwedische Kronen, 505 Lire, 629 rumänische Lei, 337 bulgarische Lewa, 250 finnische Mark, 194 belgische Francs, 122,2 estländische Mark, 1,019 810 poln. Mark, 45 745 ungar. Kronen, 162 norwegische Kronen, 49 serbische Dinars, 50 spanische Pesetas, 10 griechische Drachmen, 22 lettländische Rubel, 1 südafrikanisches Pfund, 5 türkische Piaster und viele Millionen russische Sowjetrubel. Außerdem wurde von den Verkäufern

rund 1 780 000 000 ℳ hinterzogene Börsen-Umsatzsteuer eingezogen.

Dieser Erfolg ist umso höher zu bewerten, als das Eingreifen der Steueraußendienstbeamten in jedem Falle zur Einleitung des Strafverfahrens führte, so daß abgesehen von Freiheitsstrafen noch hohe Einkünfte aus Geldstrafen für die Staatskasse zu erwarten sind. Die Tätigkeit der Außendienstbeamten gehört zu den besonders schwierigen im öffentlichen Dienste, und ist häufig mit schweren Gefahren für die Beamten verbunden, deren sehr verdienstreiche Tätigkeit geradezu der Unterstützung durch das Publikum empfohlen werden muß, nachdem sich wiederholt gezeigt hat, daß es im Gegenteil Stellung gegen die Beamten nimmt, wenn nur von den Handlungen der Außendienstbeamten Betroffene durch ihr Gebahren Stimmung gegen die Beamten zu erwecken verstehen.

Der Devisenkommissar in München.

München, 21. Sept. Geheimrat Fellinger ist am 20. September zu einem Besuch des Finanzpräsidenten und des Handelsministers in München eingetroffen. Gleich nach seiner Ankunft hat Geheimrat Fellinger insbesondere eine eingehende Aussprache mit dem Handelsminister gepflogen. Im Anschluß hieran wurde ihm Gelegenheit zur Darlegung seiner grundsätzlichen Auffassung vor führenden Kreisen der bayerischen Wirtschaft geboten. Den Ausführungen entnahmen die Beteiligten mit Befriedigung, daß Fellinger in seiner Amtsführung den berechtigten Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe weitgehend Rechnung tragen wird. Dagegen wird mit aller Schärfe gegen den illegitimen Devisenhandel und -Besitz vorgegangen werden. Hoffentlich wird in dem Devisenschiebernest im Süden ebenso energisch vorgegangen und wird man eine reichliche „Beute" in den nächsten Tagen melden können. Fellinger, bleibe fest!)

Ein Offizier in Döberitz ermordet.

TU. **Berlin,** 21. Sept. Durch eine an den Litfaßsäulen angeschlagene Bekanntmachung wird erst heute von den zuständigen Behörden die Nachricht von einem Morde an dem Leutnant d. R. Georg Sand bekannt. Am 5. September wurde im Keiselbruch auf dem Truppenübungsplatz Döberitz die Leiche des 25jährigen Leutnants d. R. Georg Sand gefunden. Zweifellos hat die Leiche schon längere Zeit im Wasser gelegen. Sie weist zwei Kopfschüsse auf, von denen jeder sofort tödlich gewirkt haben muß.

Die neue Währung.

Die Bodenmark. — Der Regierungsentwurf fertiggestellt.

Berlin, 22. Sept. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Finanzsachverständigen über die Grundzüge der Währungsreform sind nunmehr vollkommen zum Abschluß gebracht. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die neu zu schaffende **Währungsbank** in der Form, wie er den Vertretern der Wirtschaftsstände vorgelegt wurde, hat einen Umfang von acht Schreibmaschinenseiten und enthält 27 Paragraphen, von denen einige allerdings noch nicht im Wortlaut feststehen. Das von der Währungsbank auszugebende neue Geld, das die Bezeichnung Bodenmark erhält, baut sich auf den von der Währungsbank herausgegebenen Rentenbriefen auf, die zum Goldmarkwert bis zu 5 Prozent verzinst werden. Die Fundierung der Währungsbank soll durch hypothekarische Garantien des Grund und Bodens der Landwirtschaft und der Industrie in Höhe von etwa 3 Prozent des Wehrbeitrages erfolgen. Das Projekt Helfferich hatte bekanntlich 5 v. H. vorgesehen. Der Ertrag wird auf 2,4 Milliarden Goldmark geschätzt, so daß die Emissionsfähigkeit der Bank sich ebenfalls auf 2,4 Milliarden belaufen würde, dem Reich also würde nur noch ein Kredit in gleicher Höhe bei der neuen Bank zur Verfügung stehen. Man hofft aber auch diesen Betrag nicht voll in Anspruch nehmen zu müssen.

Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Problem der Währungsreform in grundlegender Weise angefaßt wird. Die Pläne sind so durchgreifend, daß man die Stillegung der Notenpresse als nahes Ziel ins Auge gefaßt hat. Hand in Hand damit geht die Herbeiführung eines Ausgleiches im Haushaltsplan. Die Tragweite einer solchen Reform liegt vor Augen. Gelingt es in der Tat, dieses Ziel zu erreichen, so wäre mit einer raschen Stabilisierung der Mark zu rechnen, und es wäre eine Währungsreform in erreichbare Nähe gerückt, die in absehbarer Zeit an Stelle der deutschen Papiermark eine feste und beständige Währung setzt. Bei den letzten Erwägungen handelt es sich in der Hauptsache nur noch um die Tageskurse, zu welchem die Papiermark die als Scheidemünze des neuen Geldes gelten soll, eingelöst werde.

•

Ueber die Einzelheiten des geplanten Gesetzentwurfes hört man folgendes:

Nach § 2 beträgt das Kapital der Währungsbank, wie gesagt, 2400 Millionen Goldmark, von denen die Hälfte von Industrie, Handel und Gewerbe aufgebracht werden sollen. Der städtische Grundbesitz soll später nach Abbau der Wohnungszwangswirtschaft eventuell herangezogen werden.

Die Zarungen der Währungsbank werden nach § 3 von den Spitzenverbänden der Wirtschaftsstände aufgestellt und unterliegen der Genehmigung der Reichsregierung.

§ 4 gewährleistet die selbständige Geschäftsführung der Bank, während § 5 die Befreiung von Steuern und sonstigen Staatskosten ausdrückt.

Für die Heranziehung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes werden nach § 6 die unter das Landwirtschaftsbetriebsteuergesetz vom 11. August 1923 fallenden landwirtschaftlichen Betriebe herangezogen. In Höhe von 3 Prozent des Wehrbeitragswertes werden auf die Grundstücke Grundschulden in Goldmark eingetragen und zwar bevorrechtigt vor allen anderen Forderungen. Bei evtl. späterer Regelung einer allgemeinen Hypothekenbelastung der Betriebsgrundstücke zugunsten von Verpflichtungen des Reiches auf bereits bestehende oder noch abzuschließende Verträge mit anderen Staaten, d. h. also nicht in erster Linie für etwaige Reparationsgrundschulden, sollen die erststelligen Grundschulden zurückstehen, jedoch nicht über 12½ Prozent des Wehrbeitrages hinaus. Die Goldmark wird hierbei mit 0,358 Gr. Feingold gerechnet.

Die Grundschulden sind mit 6½ Prozent zu verzinsen. Die Zinsen sind fällig jeweils am 1. April 1924. Falls sie nicht innerhalb dreier Tage nach dem Fälligkeitstermin freiwillig gezahlt werden, ist Pfändung vorgesehen. Die Grundschulden sind von seiten der Schuldner unkündbar. Die Bank kann mit Genehmigung der Reichsregierung Kündigungen vornehmen, jedoch frühestens zu 5 Jahren. Die Zahlung der Zinsen erfolgt in Goldmark. § 9 regelt in ähnlicher Weise die Sicherstellung des Kapitals bei den anderen Wirtschaftsständen. Die Umlegung auf die anderen Betriebe soll durch die betreffenden Wirtschaftsorganisationen selbst erfolgen. Bei Vorhandensein von Grundstücken sollen diese mit drei Prozent des Wehrbeitrages belastet werden. Die Höchstgrenze bildet jedoch die Summe, die bei der allgemeinen Umlegung auf den betreffenden Betrieb entfallen würde. Können Grundschulden nicht eingetragen werden, oder decken sie nicht den vollen Betrag, so werden Goldmarkschuldverschreibungen vor allen anderen Forderungen bevorrechtigt gefordert. Bei Veräußerung des belasteten Unternehmens haftet außer dem bisherigen Eigentümer auch der neue Eigentümer für die Schuld. Die Bank hat aber die Wahl, einen der beiden Schuldner aus dem Schuldverhältnis zu entlassen. Bei Erlegung der von den betreffenden Betrieb geforderten Kapitalschuld in Gold oder ausländischen Zahlungsmitteln findet eine Befreiung von sonst vorgesehenen Bestimmungen statt.

Anteilscheine werden nicht ausgegeben. Die Anteile sind nur mit Genehmigung der Bank übertragbar.

§ 12. regelt die Stückelung der Rentenbriefe, die auf 500 Goldmark und auf Beträge ausgestellt werden, die durch 500 teilbar sind. Die Rentenbriefe sind mit 5 Prozent verzinslich und die Bank hat vor allen anderen Forderungen den Zinsdienst sicherzustellen.

Nach § 13 wird die Bodenmark in 100 Goldpfennige eingeteilt. Die übrigen Paragraphen entsprechen im allgemeinen den Helfferichschen Vorschlägen. Von entscheidender Bedeutung ist § 17. Danach darf die Bank Gewinnungsgeschäfte nur mit dem Reiche treiben. Innerhalb von 2 Jahren muß sie dem Reiche Darlehen in Goldmark verzinslich, bis zu 2000 Millionen Goldmark zur Verfügung stellen. § 18 sieht eine dreiprozentige Tilgung vor. Nach § 19 hat die Bank sofort ein Darlehen von 300 Millionen Goldmark zu gewähren. Entsprechend wird durch § 21 die Reichsbank verpflichtet, für 300 Millionen Goldmark ihrer bisher umlaufenden Noten einzulösen. § 25 sieht bei unerwartet schneller Lösung der Währungsfrage die Konvertierungsmöglichkeit der Bodenmarkschulden in Goldmark vor.

Wo steht das Recht?

Ein Ultimatum allein schafft kein Recht zu Gewalttätigkeiten. Die Regierung muß warten, bis die gegnerische durch Worte oder Handlungen erklärt, daß sie nicht wiedergutmachen will. Aber wenn dieselbe Satisfaktion anbietet, dann ist sie gezwungen, diese anzunehmen und muß sich jedes feindseligen Aktes enthalten, denn wo Wiedergutmachung angeboten wird, ist kein Raum mehr für Repressalien.

Marcel Chossat: „Krieg und Frieden nach christlichem Naturrecht", Seite 62.

Unsere Ernährungslage.

Maßnahmen der Regierung zur Lebensmittelversorgung der Bevölkerung.

Berlin, 24. Sept. Im Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrates verbreitete sich der Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung über die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide Kartoffeln, Fetten und Milch und über die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung. Er ging davon aus, daß die ursprünglich angenommene Möglichkeit, größere Mengen der obengenannten Lebensmittel aus dem Auslande einzuführen, infolge der ganzen Entwickelung stark beengt worden sei, daß wir also vorwiegend auf die Inlandsernte angewiesen seien. Diese sei glücklicherweise günstig, jedenfalls bedeutend besser als im Vorjahre. Schätzungsweise betrage das Ergebnis der diesjährigen Getreideernte 10 Millionen Tonnen. Könnten diese Mengen normalerweise bewegt und der Verwertung und dem Gebrauch zugeführt werden, so könnte die Versorgung im allgemeinen dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben. Diese Möglichkeit sei aber nicht gegeben. Es sei daher zu befürchten, daß trotz der guten Ernte nach Aufhören der Markenbrotversorgung die Ernährungsschwierigkeiten mit Brotgetreide nicht aufhören würden. Die Regierung habe daher geglaubt, es bei den bestehenden Gesetzen nicht bewenden lassen zu dürfen.

Eine neue Vorlage sei vom Kabinett angenommen und werde in allernächster Zeit dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Ihre Hauptbestimmungen seien folgende:

1. Verstärkung der von der Reichsgetreidestelle zu erwerbenden Brotgetreidemenge von 2 auf 2½ Millionen Tonnen.

2. Die Möglichkeit einer Fortführung der Markenversorgung in den Gebieten, wo die wirtschaftliche und politische Lage es erfordert.

3. Wegfall der öffentlichen Belieferung in den Kommunalverbänden, in denen die Versorgung durch eigene Ernte gesichert erscheint.

4. Antragrecht für die übrigen Verbände auf unmittelbare Lieferung an ihre Mühlen zum Tagespreis.

Was die Aufbringung des benötigten Vorrats durch die Reichsgetreidestelle anlange, so solle der Weg gewählt werden, daß die Reichsgetreidestelle das Getreide gegen Goldanleihe kaufe, die durch Beigabe einer besonderen Bescheinigung unmittelbar wertbeständig werde und zur Zahlung der Steuern bei der Landabgabe verwendet werden könne. Der Landwirt werde auf diese Weise gewissermaßen seine Steuern direkt mit seinem Getreide zahlen.

Bezüglich der Kartoffelversorgung gelte im Hinblick auf die Finanzierung dasselbe wie der Getreideversorgung. Es habe sich eine Kartoffelkreditbank gebildet, die mit Hilfe der Reichsbank die Ernte den Verbrauchern zuführen wolle. Die Aussichten für die Herbstkartoffelernte hätten sich gegen die Schätzungen des Sommers wesentlich gebessert. Mit einer Mittelernte sei bestimmt zu rechnen.

Die Fettversorgung sei durch die Markentwertung unter den Devisenmangel stark in Mitleidenschaft gezogen, obwohl eine hinreichende Menge von Margarinrohstoffen und Schmalz im Inlande lagern. Der Vorrat an Margarinerohstoffen betrage rund 85 000 Tonnen, die eine normale Versorgung der Bevölkerung für mindestens zwölf Wochen sicherten.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

(Nachdruck verboten.)

Der gute Professor hat sich die Geschichte sehr leicht gemacht, er hat die Ziffern von 5—28 in der laufenden Folge für die Buchstaben des Alphabetes eingesetzt. Schreiben Sie doch einmal Ziffern und Buchstaben nebeneinander, damit wir schneller zum Ziele kommen."

Rechenbach tat, wie Breitschwert forderte und bald flog Zahl und Buchstaben herüber und hinüber zwischen den beiden Männern.

Das Telegramm enthielt nicht viele Worte, aber sie waren gewichtig und nach der Entzifferung starrten sich Breitschwert, Rechenbach und Kluge einen Augenblick fassungslos an.

Ja, war denn so etwas möglich?! Natürlich, denn hier stand es ja schwarz auf weiß. Lamprecht war also doch nicht so ungeschickt, wie man angenommen hatte, er war sogar ein ganz gerissener Bursche, der sich nicht entblödete, mit seinen Verfolgern Scherz zu treiben.

Breitschwert tobte.

Nein, das war doch zu arg, einen so zu foppen. Der Text des Telegramms lautete:

„„Halten Sie mich doch nicht für so dumm, daß ich unter den Augen Ihrer Spürhunde eine Depesche aufgebe. —

Lamprecht.""

Es trat eine Pause ein, jeder war mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt und keiner mochte sprechen, bis Breitschwert das schwüle Schweigen durch lautes Lachen unterbrach.

„Einmal in meinem Leben ist mir etwas Aehnliches passiert. Ich will Ihnen die Geschichte erzählen, sie ist sehr lehrreich und kürzt uns die Zeit ab. Wir müssen ja doch noch auf eine Depesche der Leute warten, die hinter Lamprecht her sind .... Wir haben ihnen doch aufgetragen, daß sie sofort nach ihrer Ankunft in Würzburg telegraphieren."

„Jawohl haben wir das."

„Und wie haben sie sich verteilt?"

„Einer fuhr mit dem Professor ins Coupé ...

„Und wurde natürlich von diesem sofort erkannt?"

„Das glaube ich nicht, Herr Doktor, er sah sehr gut aus und gar nicht wie ein Polizist, eher wie ein Sommerfrischler, der nach Ablauf seines Urlaubs wieder nach Hause fährt."

„Ach, Kluge, glauben Sie doch nicht, daß dieser schlaue Fuchs nicht bemerkt hat, wie Sie mit den Frankfurtern sprachen."

„Ich habe gar nicht mit ihnen gesprochen, ich ließ einfach Depesche an den Zugführer geben, worin ich ihnen mitteilte, unser Mann sei auf dem Bahnhof und werde wahrscheinlich mit dem Zug, mit dem sie ankämen weiter fahren."

„Das haben Sie gut gemacht .... aber er wird sie doch bald erkannt haben und, ich bin sehr in Sorge, ob er ihnen nicht entwischt."

„Dann hätten Sie ihn eben nicht freilassen sollen," warf Rechenbach ein.

„Doch! Das war eine gebotene Maßregel, wenn ich den Zufall, der uns einen so seltenen Vogel ins Garn führte, richtig benutzen wollte. Meine Besorgnisse sind ja vielleicht auch unbegründet, vielleicht erkennt Lamprecht seine Verfolger nicht, vielleicht — wenn er sie schon erkennt, gelingt es ihm nicht, ihnen zu entwischen. Sie werden ja nicht die schlechtesten ausgewählt haben."

„Sie sind von Ihrer Geschichte abgekommen."

„Ja, das war lustig .. es passierte in den Anfängen meiner Laufbahn. Ich war hinter einem Burschen her, der für einen Taschendieb gehalten wurde, es war notwendig, ihn auf der Tat abzufassen, und ich folgte ihm getreulich wie sein Schatten. Da plötzlich im Hotel werde ich verhindert ihm nachzuspüren, als er ausgeht. Der Oberkellner hält mich durch allerlei Redensarten ab, bis ich grob werde, den Mann beiseite schieben und meiner Wege gehen will. Da legt er Hand an mich und sagt mir auf den Kopf zu, ich wäre ein Taschendieb und der Herr, der eben weggegangen, sei von der Polizei und habe ihn beauftragt, mich nicht fortzulassen."

„Ein hübscher Trick!"

„Ja und er hatte die verhängnisvollen Folgen, daß mir der abgefeimte Bursche entwischte, denn bevor sich die Sache aufklären ließ, war er natürlich über alle Berge."

„Jetzt muß aber die Depesche von Würzburg bald eintreffen oder Zug ist schon vor einer Stunde in den Bahnhof eingelaufen."

„Ja, Sie haben recht" — Breitschwerts Augen folgten denen Kluges nach der Wanduhr, die 2 Uhr zeigte.

Unten wurde die Klingel gezogen und bald darauf hörte man den Förster ein Fenster öffnen und fragen, wer da sei.

„Da ist wohl schon die Depesche," meinte Rechenbach.

„Wenn Sie recht haben, ist etwas passiert, die Depesche kann nur hier sein, wenn sie auf einer Zwischenstation aufgegeben wurde. Mir ahnt nichts Gutes."

Breitschwerts Ahnung sollte sich erfüllen, denn auf der Treppe klang der schwere Tritt des Försters, der gleich darauf an die Tür klopfte.

„Herein!"

„Ein Telegramm an Sie, Herr Doktor."

„Da haben wir die Bescherung Wahrscheinlich ist der Bursche den Fahndern entflohen."

Der Doktor entriß dem Förster die Depesche und erbrach sie sofort. Je weiter er las, desto deutlicher malte sich Aerger und Ueberraschung auf seinem Gesicht.

„Das ist doch zu arg!" — Er warf das Papier ärgerlich auf den Tisch. — „Solch' eine Eselei ist noch nicht dagewesen, sich so übertölpeln zu lassen, nein, es ist unerhört. Nun, die Burschen sollen mir nur zurückkommen."

„Was haben sie denn gemacht?"

„Zwei .... drei Dummheiten auf einmal ... Lesen Sie nur."

Er reichte Rechenbach das Telegramm hin.

„Lesen Sie laut vor, damit Kluge auch etwas davon profitiert."

Rechenbach las.

„„Unser Mann entwischt, Spur total verloren."" „Das fängt vertrauenserweckend an."

„Lesen Sie nur weiter, es kommt noch besser."

„„Ich stieg zu ihm ins Kupee und ich glaube, er hat mich nicht erkannt.""

„Er hat ihn sicher erkannt! Fahren Sie fort, Rechenbach."

(Fortsetzung folgt.)

Schmalz und Speck seien im Inlande in genügenden Mengen vorhanden, um den Verbrauch zu decken. Die Freimachung für den Verbrauch sei fast ausschließlich eine Kredit- und Devisenfrage. Sofort bei Eintritt der Verschärfung in der Fettversorgung habe die Reichsregierung eine gesonderte Zuteilung von Devisen an die Margarine- und Oelmühlenindustrie in die Wege geleitet. Mitte August seien allein 1½ Millionen Goldmark in Devisen bereitgestellt worden für die besonderen Bedürfnisse des Ruhrgebiets und der Rheinlande. Gegenwärtig könne die Versorgung mit Margarine und Schmalz im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Gewisse Schwierigkeiten beständen nur noch in den besetzten Gebieten. Um diese zu heben, würden für zwei Millionen Gulden Schmalz aus Holland eingeführt werden. Die Gründe für die geringen Butteranlieferungen beruhten einmal in der starken Nachfrage, zum anderen in dem Mangel an Schmalz und Margarine auf dem Lande. Dort habe infolgedessen der Butterverbrauch erheblich zugenommen. Dieser Mehrverbrauch sei neben der Minderproduktion auch maßgebend für den Rückgang in der Milchanlieferung für die Großstädte.

In der anschließenden

Aussprache

kam zum Ausdruck, daß die Frage der Ernährung nicht durch Verordnungen zu lösen sei. Die erste Forderung sei schnellste Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann noch kurz mit der Zuckerversorgung. Der Entwurf sieht grundsätzlich die freie Bewirtschaftung vor, vorbehaltlich einer sogenannten Vorratsbeschaffung. Dazu solle dienen 1. Eine Rücklage der Zuckerfabriken, die auf rund 2½ Millionen Doppelzentner bemessen sei. 2. Eine Konzessionierung und Kontingentierung bestimmter großer Zuckerverbände und -industrien. 3. Eine besondere Großhandelserlaubnis für solche Betriebe, die nach dem 1. Oktober 1923 den Handel mit Zucker beginnen wollen.

Der Ausschuß stimmte der Vorlage im allgemeinen zu. Am Dienstag, 25. September, wird der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zu der Vorlage endgültig Stellung nehmen.

Lebensmittelunruhen im Kreise Mörs.

Krefeld, 24. Sept. Im südlichen Teil des Kreises Mors sind, laut Köln. Ztg., Lebensmittelunruhen ausgebrochen. Sie wurden von den Bergarbeitern der linksrheinischen Zechen, die sich in einem wilden Streik befinden, hervorgerufen. Die Bergarbeiter haben sich von ihren gewerkschaftlichen Führern losgesagt. Da seit einer Woche keine Auszahlung von Löhnen stattgefunden hat, stehen die Bergarbeiter mit ihren Familien ohne alle Lebensmittel da. Die Streikleitung der Zeche „Friedrich Heinrich" hat als Parole ausgegeben, die Arbeiter sollten in Gruppen zu je 20 Mann auf das Land ziehen und Lebensmittel verlangen, jedoch keine Plünderungen vornehmen. Diese Gruppen ziehen aber mit Knüppeln und teilweise auch mit Eisenstangen ausgerüstet auf die Dörfer. Die drohende Haltung, die in einem solchen Aufzug zum Ausdruck kommt, veranlaßt die Landwirte, ohne Vorbehalt auf die Forderungen der Massen einzugehen. Von einer Bezahlung ist überhaupt keine Rede mehr. Die Arbeiterschaft weist lediglich darauf hin, daß sie infolge des Ausstandes überhaupt keine Lebensmittel mehr besitzt, und für die Bauern sei es eine selbstverständliche Pflicht, die Lebensmittel kostenlos zu liefern. Nachdem jetzt ein Selbstschutz eingerichtet worden ist, hat sich die Lage gebessert.

Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 24. Sept. Infolge der weiter fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe und Materialien und infolge der großen auf der Reichsbahn lastenden sonstigen Ausgaben sieht sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, die Eisenbahntarife vom 25. September ab heraufzusetzen. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Gütertarifsätze beträgt von diesem Tage ab 36 Millionen. Die Schlüsselzahl für die Tarife im Personenverkehr beträgt 20 Millionen. Gleichzeitig werden die Mindestfahrpreise auf die Berechnung von 6 Kilometer (bisher 8 Kilometer) herabgesetzt, der Mindestgrundpreis in der 4. Klasse wird von 20 auf 15 Pfg. herabgesetzt. Die viertägige Gültigkeit der vorgelösten Fahrtausweise wird beibehalten.

Die Reichseinnahmen im August.

Berlin, 24. Sept. Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Gebühren sind im Monat August auf 86,6 Billionen Mark gestiegen. An Besitz- und Verkehrssteuern kamen 73,6 Billionen Mark auf, darunter auf Rechnung der Ruhr-Rheinabgabe allein 28,1 Billionen Mark. Von diesem letzten Betrage entfallen auf die Einkommensteuerpflichtigen 23,5, auf die Körperschaftssteuerpflichtigen 3,8 Billionen Mark, auf die Kraftfahrzeugesteuer 788 Milliarden Mark. Die Betriebssteuer erbrachte 378 Milliarden, die Landabgabe 6,685 Billionen Mark. Zölle und Verbrauchssteuern brachten im August 9,154, sonstige Abgaben 3,855 Billionen Mark. Darin ist die Brotversorgungsabgabe mit 1,702 Billionen Mark enthalten. Auf Zwangsanleihe-Zeichnungen gingen noch 16,1 Milliarden ein.

Teilweise bedeutender Preisabbau in Berlin.

Berlin, 24. Sept. Infolge des Devisenrückganges machten sich bei einzelnen von der Notierungskommission der Berliner Lebensmittelgroßhändler festgesetzten Notierungen eine erhebliche Preisrückgang bemerkbar. So wurde Schmalz, das gestern noch 37 Millionen Mark das Pfund kostete, heute mit 22 Millionen Mark notiert. Reis sank von 7,5 auf 4,7 Millionen Mark. Die Inlandswaren gingen jedoch bei weitem nicht in dem gleichen Umfange wie die ganz von der Devisenlage abhängenden Importartikel zurück. Für Kartoffeln waren sogar ganz beträchtliche Preissteigerungen zwischen den Großhändlern und den Abnehmern zu erregten Auseinandersetzungen. Die Leute fragten sich, was denn die Wucherpolizei und die Staatsanwaltschaft am heutigen Tage getan hätten.

Der Danziger Gulden.

Genf, 21. Sept. Während der letzten Tagung des Völkerbundsrates spielte bei der Behandlung der Danziger Frage auch die Währungsfrage für Danzig eine wichtige Rolle, ohne daß es aber zu etwas Positivem gekommen wäre. Heute ist nun über den am 1. Januar einzuführenden Danziger Gulden zwischen dem bekannten Danziger Senator Volckmann und dem polnischen Vertreter in Danzig, Plucinsky, ein Abkommen unterzeichnet worden.

Der Gulden wird, wie bereits gemeldet, den 25stel Teil eines englischen Pfundes ausmachen. Neben den Danziger Banken dürfen sich auch die in Danzig befindlichen polnischen Banken oder mit polnischem Kapital arbeitenden Einrichtungen der Notenbank beteiligen. Die Danziger Banken können sich dafür auch an einer etwa zu errichtenden polnischen Notenbank beteiligen. Das Danziger Geld kann von allen polnischen Kassen in Danzig angenommen werden und soll in rechtlicher Beziehung der polnischen Mark in Polen gleichgestellt werden.

Frankreich droht mit Austritt aus dem Völkerbund.

Paris, 22. Sept. Der „Matin" erklärt heute — sichtlich offiziös beeinflußt — Frankreich müsse die Mitglieder des Völkerbundes an die Völkerbundsakte erinnern. Weder auf Schleichwegen, noch offen dürfte Deutschland gegenwärtig in den Völkerbund eintreten. — Dieser Wink mit dem Zaunpfahl wird in Genf nicht mißverstanden werden. Er hat zu bedeuten, daß Frankreich sich aus dem Völkerbund zurückzieht, wenn Deutschland aufgenommen wird.

Englisch-französische Differenzen.

London, 20. Sept. „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel, es sei unmöglich zu glauben, daß die beiden Premierminister im Laufe einer kurzen Unterredung plötzlich entdeckt haben sollten, daß in keiner Frage irgendeine Verschiedenheit des Zieles oder der Grundsätze bestehe. Tatsache scheine zu sein, daß sowohl die französische wie auch die britische Regierung der Ansicht seien, daß sie wahrscheinlich bald einer neuen Lage gegenüberstehen würden, und daß sie daher den Wunsch hatten, sich so gut wie nur möglich über ihre gegenseitigen Ansichten zu unterrichten. Es werde zugegeben, daß die Ruhrunterstützung bald aufhören werde. Deutschland werde tatsächlich durch seine Armut gezwungen sein, jedem organisierten Widerstand ein Ende zu bereiten. „Manchester Guardian" fragt, ob es etwas anderes sei, was die Franzosen unter „Kapitulation" verständen. Leider bestehe hier Grund zum Zweifel. Es sei in der französischen Presse erklärt worden, daß Kapitulation auch die Anerkennung der Legalität der Besetzung durch Deutschland bedeute. Wenn Deutschland einmal zugebe, daß die Besetzung durch den Versailler Vertrag autorisiert sei, so habe es so gut wie sein eigenes Todesurteil unterzeichnet. Die Besetzung sei von der englischen Regierung für rechtswidrig erklärt worden und der französische Anspruch auf den Besitz der Ruhr für eine einseitige Auslegung des Versailler Vertrages. Dieser Anspruch würde durch die deutsche Anerkennung seiner Rechtmäßigkeit sehr verstärkt werden. Das Blatt erklärt dann, es können vielleicht moralische und materielle Vorteile dabei gewonnen werden, wenn England mit den Franzosen zusammenarbeite. An Verhandlungen, die die Frage der Rechtmäßigkeit offen ließen, könnte England sich möglicherweise beteiligen.

Das Jubiläumsgeschenk für Wilhelmina

Amsterdam, 22. Sept. Gestern ist der Königin Wilhelmina die als Geschenk der Nation zu ihrem 25jährigen Regierungsjubiläum mit dem vom ganzen Volke gespendeten Gelde restaurierte Kirche in Delft übergeben worden, in der sich die Grabmäler der Fürsten von Oranien befinden. Auf die Begrüßungsansprache des Präsidenten des Komitees der Spende erwiderte die Königin mit einer Rede, in der sie ihrem Vorfahren Wilhelm dem Zweiten von Oranien gedachte und das ganze holländische Volk aufforderte, an dem von ihm begründeten Werke weiter zu arbeiten.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 24. September 1923.

Erinnerungen.

1541 Der Begründer der medizinischen Chemie Theophrastus Paracelsus gestorben.

1706 Friede zu Altranstädt, August der Zweite von Sachsen geht der Krone Polens verlustig.

1835 Der italienische Opernkomponist Vincenz Bellini gestorben.

1904 Der Erfinder der Lichtstrahlen-Therapie Nils Finsen gestorben.

1915 Griechenland mobilisiert.

*

— **Die Feststellung des Ersatzmannes** für das aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedene Mitglied Herr Obersitadtsekretär H. Schulte findet am Dienstag statt.

— **Ein Treibriemen**, 155 Millimeter breit, 6 Millimeter dick, wurde auf der Pumpstation Mühlgit bei Schwerte in der Nacht vom 22. auf 23. September gestohlen. Wer Angaben, die zur Festnahme des Täters führen können, machen kann, erhält 1 Milliarde Mark Belohnung.

— **Der Liter Milch** kostet ℳ 7 000 000.—

— **Schlüsselzahl** des Deutschen Buchdruckervereins ab 22. September 1 000 000.

:: **Plattdeutsch in der Schule.** Die heimische Mundart soll nach den neuen Grundsätzen vom Mai d. J. mit einer nicht zu geringen Anzahl wertvoller Proben im Lesebuch vertreten sein. Der Minister für Volksbildung macht jetzt sein Bereich darauf aufmerksam, daß der literarische Beirat des Allgemeinen Plattdeutschen Verbandes plattdeutsche Lesestücke für die einzelnen Landesteile zusammengestellt hat. Er ist auch zur Mitarbeit auf diesem Gebiet bereit. Die Personen oder Ausschüsse, die mit der Abfassung von Lehrbüchern beschäftigt sind, sollen auf das Anerbieten des Verbandes hingewiesen werden. Zuschriften sind an den Vorsitzenden Karl Seemann in Berlin O. 34, Memelerstraße 46 zu richten.

:: **Rhein-Ruhrgespräche.** Eine Bevorzugung der Rhein-Ruhrgespräche und der Telegramme im Verkehr mit dem besetzten und überfallenen Gebiet hat das Reichspostministerium jetzt angeordnet, um die schweren Schädigungen der Bevölkerung auch hierin zu mildern. Rheinruhrgespräche zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet genießen den Vorrang gegenüber den Gesprächen der gleichen Rangklasse, die innerhalb des besetzten oder überfallenen Gebiet oderinnerhalb des unbesetzten Gebiets geführt werden. Im Telegrammverkehr soll für ausreichende Leitungen und Beamte gesorgt werden.

!! **Das Reich stundet nur noch in Goldmark.** Eine wertbeständige Berechnung bei der Stundung schreibt ein Runderlaß des Reichsministers der Finanzen an die Präsidenten der Landesfinanzämter vor. Bei den Steuern auf der Goldbasis ergibt sich ohne Weiteres die Zugrundelegung des Aufgeldsatzes am Tag der Zahlung. Für die Stundung einer Steuerschuld in Papiermark wird eine schriftliche Erklärung an das Finanzamt verlangt, worin der Steuerpflichtige sich verpflichtet, die Steuerschuld valorisiert mindestens in Höhe des gestundeten Papiermarkbetrages zu zahlen und mit 5 Prozent in Gold zu verzinsen. In der Regel soll auch Sicherheit verlangt werden. Der gestundete Betrag wird bei Besitz- oder Verkehrssteuern seit dem 24. August mit dem Aufgeld für die Landausgabe berechnet. Maßgebend ist aber nicht etwa der Umrechnungssatz des Tages der Stundung, sondern der Fälligkeit. Bei der Zahlung rechnet die Kasse den Goldmarkbetrag nach dem Zollaufgeld, bei Besitz- oder Verkehrssteuern nach dem Aufgeld der Landausgabe in Papiermark um. Nach dem Goldmarkbetrag werden auch die Zinsen berechnet, und zwar nicht für volle Monate, sondern auch für überschießende Tage.

!! **Der Ortszuschlag bei Versetzungen.** Der Ortszuschlag ist infolge seiner Verschiedenheit bei Versetzungen von Beamten anders zu behnen je nachdem ein Tag als der der Versetzung gilt. Die neuen Besoldungsvorschriften für Reichsbeamte bestimmen deshalb, daß bei versetzten Beamten mit eigenem Hausstand der bisherige Wohnort als dienstlicher Wohnsitz bis zum letzten des Monats gilt, in dem die Fortführung des Hausstandes am bisherigen Wohnort aufhört, wenn sie ihren Hausstand infolge äußerer Umstände, wie Wohnungsmangel, Hemmungen im Güterverkehr an dem neuen Orte nicht einrichten können. Zieht ein versetzter Beamter mit einem Hausstand vor dem Dienstantrittstage mit Genehmigung der Behörde um, so wird der Ortszuschlag vom 1. des folgenden Monats an nach dem Satze des neuen Ortes gezahlt.

* **Beseitigung der Nachversteuerungspflicht für Tabak.** Um den berechtigten Klagen aus Tabakhändlerkreisen abzuhelfen, darüber, daß mit steigenden Verkaufspreisen auch neue Steuerzeichen verwendet werden müssen, wird der Finanzminister eine Verordnung erlassen, wonach Kleinhändler, die einen Preisaufschlag vornehmen, der lediglich der Entwertung des Geldes entspricht, von der Verpflichtung zur Nachversteuerung befreit werden. Diese Verordnung soll sofort in Kraft treten. — Ferner hat der Finanzminister erklärt, er beabsichtige schwebende Strafverfahren wegen Unterlassung einer Nachversteuerung niederzuschlagen. Der Reichsrat erklärte sich mit der Neuregelung einverstanden.

Aus den Provinzen.

— **Weithofen.** Sämtliche Büros einschl. Kasse sind wegen Ueberlastung der Amtsbeamten nachmittags geschlossen. Die Kasse überdies Samstag den ganzen Tag.

Cleve. Zuchthaus für Eierschmuggel verhängte die Clever Strafkammer über ein Ehepaar aus Xenten, das im Mai d. J. 145 Eier nach Holland hatte ausführen wollen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Zuchthaus und 20 Millionen Mark Strafe für jeden der Eheleute, unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre.

Lennep. Ein abgefaßter Kirchendieb. Vor einigen Wochen wurde in der hiesigen katholischen Pfarrkirche eine große Menge Gewänder und Stoffsachen gestohlen. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt, die Diebe festzunehmen. Einer der Spitzbuben ist von hier. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt, die Diebe festzunehmen. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte wieder herbeigeschafft werden; im übrigen ist die Angelegenheit aber noch nicht restlos aufgeklärt.

Elberfeld. Praktische Erledigung der Notgeldscheinfrage. Die Wuppertaler Bankenvereinigung gibt bekannt, daß alles im Umlauf befindliche Not- und Ersatzgeld von den Banken noch die ganze Woche gebührenfrei eingelöst wird.

Essen. Große Warendiebstähle. In dem Strumpfwarenhause der Firma Weiß waren monatelang fortgesetzt Diebstähle verübt worden. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, 5 Verkäuferinnen des Geschäfts und 3 Lehrmädchen als Diebinnen zu ermitteln und zu überführen. Die bei ihnen vorgenommenen Haussuchungen förderten Reste der gestohlenen Waren zutage. U. a. wurden in der Wohnung einer der Diebinnen, der Witwe Maria Zipprich, in einem unbewohnten Zimmer versteckt nicht weniger als 371 Paar Strümpfe (!) und 35 Jumper (!) aufgefunden, die aus den Diebstählen herrührten. Der Umfang der Diebstähle ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Indessen ist schon jetzt erwiesen, daß der Wert der gestohlenen Waren heute mindestens 20—30 Milliarden ℳ.

Letzte Drahtmeldungen.

Aenderung des Postscheckgesetzes.

TU. Berlin, 24. Sept. Der Reichspostminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Postscheckgesetzes zugehen lassen. Nach diesem Gesetz sollen, wie es bei den Banken schon seit Mitte September der Fall ist, im Postscheckverkehr alle Markbeträge, die nicht durch 1000 teilbar sind, lediglich auf volle Tausend Mark aufgerundet werden. Verfügt der Kontoinhaber bis zum 15. Oktober nicht selbst die Abrundung auf volle tausend Mark, so sollen die überschießenden Beträgen zugunsten der Postkasse vereinnahmt werden. Das Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten. Der Reichstag wird sich bereits in seiner ersten Sitzung mit der Vorlage beschäftigen.

Badische Offensive gegen Rechts- und Linksradikale

TU. Karlsruhe, 24. Sept. Von Oberbaden wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Bereitschaftspolizei, die in Lörrach eingesetzt worden war, unterzog sich, nachdem sie von Lörrach abgerückt war, verschiedenen Untersuchungen in der Gegend von Wis. Es wurden dabei mehrfach kommunistische Reiter ausgehoben. Anderseits wurde von einer Streife der Bereitschaftspolizei bei Leuten, die als Rechtsradikale bekannt waren, unerlaubterweise Waffen vorgefunden. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor und beschlagnahmte die Waffen. Ueber die Vorgänge in Rast und Ettenheim erfahren wir weiter: In Rast und Umgegend erschienen am letzten Donnerstag Landwirte und Kleinpächter, die eine Erhöhung der Pacht und Ermäßigung der Abgabe forderten. Darauf wurden nach Rast einige Gendarmen entsandt, die jedoch von der Menge festgehalten wurden. Es gelang jedoch der Bereitschaftspolizei, die Gefangenen wieder zu befreien.

Dienstag oder Mittwoch Kabinettsrat.

TU. London, 24. Sept. Der Londoner Korrespondent des „Temps" teilt mit, daß das englische Kabinett sich am Dienstag oder Mittwoch versammeln wird, um zu dem Reparationsproblem u. außerdem zur Frage der Innenpolitik Stellung zu nehmen. Einen Tag vor der Versammlung des Kabinettsrats werden die verschiedenen Minister, die daran teilnehmen, von Baldwin ein Schriftstück über seine Pariser Besprechung mit Poincaré erhalten.

Geplanter Putsch gegen die Warschauer Regierung

TU. Warschau, 24. Sept. Hier sind Gerüchte von einem geplanten Putsch der Linksparteien gegen die Regierung verbreitet. Die Regierung hat erhebliche Verschiebungen der Garnisone vorgenomlen. Die Hauptstadt Warschau erhielt zwei Divisionen regierungstreue nationaldemokratische Truppen, während alle anderen Truppen nach dem Westen abtransportiert werden sollen. Die Linkspresse weist auf die ungeheuren Kosten dieser Maßnahme hin, die mit den Sparsamkeitspolitik durchaus nicht zu vereinbaren seien.

Was eine Schwedin im Ruhrgebiet sah

Frl. Selma Arnheim (Mitglied des schwedischen Ruhrhilfsausschusses) ist kürzlich von einer Reise ins Ruhrgebiet zurückgekehrt, wo sie sich einige Zeit aufhielt, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Ihre Absicht war, wie sie in „Nya Daglight Allebanda" berichtet, sich ein möglichst unbefangenes und unparteiisches Bild der Zustände zu verschaffen. Die Eindrücke, die sie empfing, übertrafen selbst die schlimmsten Befürchtungen. Nirgends auch nur eine Spur von Frieden, sondern Verhältnisse, schlimmer als alle wirklichen Kriege, da mit gemeinen, niedrigen und demütigenden Waffen gegen waffenlose Männer, Frauen und Kinder gekämpft wird, die sonst im Feuer des Gefechtes geschont werden.

Einige persönliche Erlebnisse beleuchten wie Schlaglichter die Lage. Fräulein Arnheim erzählt von einem Manne, dem sie am ersten Abend in Essen begegnete. Er sprach davon, daß er sich auf der Straße um 5 Minuten über die Polizeistunde verspätete. Dafür wurde er von den französischen Soldaten eingefangen und in einen Keller geschleppt, wo er während der Nacht ausgepeitscht, gefoltert und dazu gezwungen wurde, mehrere Stunden mit erhobenen Händen zu stehen; erst am Morgen wurde er freigelassen. Noch 9 Tage nach dieser Tortur konnte Frl. Arnheim die grauenhaften Male der Mißhandlungen im Gesicht dieses Mannes sehen.

Einem Kleinen Schulkinde war das Unheil widerfahren, einen französischen Soldaten anzustoßen. Er mußte sein „Verbrechen" über Gebühr büßen. Er wurde zum Quartier geführt, ausgepeitscht und auf alle mögliche Art mißhandelt und schließlich gezwungen, eine ungenießbare Suppe zu essen unter der Drohung, daß er sonst wieder gepeitscht würde, und zum Schluß beimgeschickt — jedoch mit dem Befehl, den Weg über die Eisenbahn zu nehmen. Jeder Mensch aber, der in Essen den Bahndamm betritt, wird ohne weiteres von dem französischen Wachtposten niedergeschossen. Nur im letzten Augenblick wurde der Junge durch einen französischen Soldaten eines anderen Quartiers gerettet, der ihm auf einem anderen Wege heimhalf.

Während des Gottesdienstes am Sonntagvormittag sprach der Pfarrer gerade über die Nächstenliebe. Aber er sollte nicht weit kommen mit seiner Predigt. Die Franzosen rückten mit Militärmusik vom Markt unmittelbar vor die Kirche und machten die Fortsetzung des Gottesdienstes unmöglich. Das wiederholte sich an vielen Sonntagen.

Fräulein Arnheim besuchte auch eine Reihe Krankenhäuser, und zwar diejenigen Anstalten, die die Franzosen noch nicht beschlagnahmt hatten, die aber jeden Tag damit rechnen mußten, den Befehl zur Räumung binnen vier Stunden zu erhalten. Der Zustand in diesen Krankenhäusern war unbeschreiblich. Es mangelte an allem. Kam man in einen Krankensaal, so glaubte man Leichen statt Menschen zu sehen. Ueber die Hälfte der im Ruhrgebiet während der Besetzungszeit geborenen Kinder seien tuberkulos, und wenn man diese Feststellung im Zusammenhang mit der Tatsache bringe, daß Essen gegenwärtig eine Milchzufuhr von nur 5000 Litern täglich für 270 000 Kinder hat, so gebe dies unwillkürlich ein Zukunftsbild für das kommende Geschlecht an der Ruhr. Und zu der materiellen Not komme die moralische, folge die allgemeine Verderbtheit. Die Kinder im Ruhrgebiet wachsen auf wie verschüchterte Tiere. Sie sehen nur Gewalt und Bajonette rings um sich und leben in einer ständigen Angst vor dem Feind, in einer Angst für Leben, Freiheit und Heim.

Hysterie der Zeit und der Menschen.

Vor dem Kriege drehte sich das Gesprächsthema der Herren der Schöpfung neben der Politik um gute Bierquellen, Skat, Vereinsmeiereien und damit die Rede gewürzt sei, wurden allenfalls noch ein paar gute Witzchen zum Besten gegeben. Die Damen dagegen saßen am Kaffeekränzchentisch, unterhielten sich über Dienstboten, Speisen und Getränke und lavierten im Thema Mode umher, von all den sonnen Dingen, die „einem stehen" und die „einem nicht stehen." Wie anders heute! Alle „Ers" und „Sies" schimpfen über kolossale Geldausgaben, Schieberunwesen und Schlechtigkeiten aller Art, die diese böse Welt bis zum Rande erfüllen. Was aber besonders gegen früher auffällt, das ist die Wandlungsfähigkeit der Ansichten. Es gibt kein beständiges Urteil mehr! Was Herr A. heute rot nennt, nennt er morgen grün; was Frau B. heute entfernt, findet sie morgen beinahe selbstverständlich.

Hysterisch wie die neue Zeit sind die neuen Menschen. Allerdings ist in den letzten neun Jahren die Nervenkraft der Männer wie der Frauen fortgesetzt schweren Belastungsproben ausgesetzt gewesen und die These vom Umlernen ergab sich aus der Wahrnehmung, daß morgen alles grundfalsch sein kann, was gestern noch für absolut richtig befunden wurde. Das eigene Urteil wie das Urteil der Welt mußte sich fortgesetzt korrigieren und das Zutrauen zur eigenen Weisheit schmolz vor der Wandlung der Dinge hin, wie der Schnee an der Sonne. So kam der Mensch in einer Umwelt voll wechselnder Bilder zu der Weisheit letztem Schluß, daß man eigentlich nichts wisse. Mehr u. mehr verließ man sich darauf, „was man sagt". Aber auch dieses Sagen wurde nur zu oft zur „Sage", statt daß es Erfüllung brachte. Heute nimmt uns überhaupt nichts mehr Wunder. Hieße es morgen, daß es gelungen sei, die Schwerkraft aufzuheben und daß ein Stück des zerborstenen Mondes im Großen Ozean liege, man würde darüber gar nicht so sehr erstaunt sein. Es ist eben alles möglich in dieser verrückten Zeit — punktum! Aber auch zu keinem Urteil, nicht einmal zu einem eigenen, hat man Zutrauen. Und so pendeln wir hysterischen Menschen wie tappende Pfadfinder bald nach links, bald nach rechts, wenn wir es nicht vorziehen, überhaupt nicht mehr zu suchen und zu denken, sondern im Tagesgenußtaumel durch diese irrsinn gewordene Zeit und Menschheit zu kommen, so gut es eben geht.

Die Papiere des Fremdenlegionärs.

Unter falschem Verdacht.

Ein unliebsamer Empfang wurde dem nach unsäglichen Mühsalen aus der Fremdenlegion heimkehrenden Arbeiter Max Schultze bereitet, als er im Oktober vorigen Jahres in Bremen landete. Er wurde unter der Beschuldigung verschiedener Diebstähle verhaftet und hatte sich jetzt vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts 3 zu verantworten.

Schultze bestritt einen Diebstahl begangen zu haben und behauptete, daß er in der Zeit der Tat in der franz. Fremdenlegion in Marokko gewesen sei. Ihm seien 1918 seine gesamten Papiere gestohlen worden, was er damals auch polizeilich gemeldet habe. Im Jahre 1920 sei er mit einem Arbeitskollegen ins besetzte Gebiet nach Griesheim gekommen und von Senegalnegern festgenommen worden, weil er und sein Freund keinen Paß besäßen. Auf der Wache habe man sie gefragt, ob sie sich in die Fremdenlegion einreihen lassen oder ins Gefängnis wandern wollten. In der Hoffnung, Gelegenheit zur Flucht zu finden, hatten sie sich für die Fremdenlegion anwerben lassen. Der Angeklagte schilderte dann, daß er von Metz über Marseille nach Oran ins Innere von Marokko gekommen sei. Nachdem er zwei Jahre schweren Dienst erduldet hätte, sei es ihm gelungen, zu entfliehen. Er sei zu Fuß nach Casablanca gelangt und mit einem dänischen Schiff als blinder Passagier nach Las Palmas gekommen. Da das Schiff aber wieder nach Casablanca zurückkehrte, sei er auf ein spanisches Schiff übergegangen und nach Barcelona gekommen. Er habe sich auf dem deutschen Generalkonsulat gestellt und sei dann mit einem Dampfer nach Bremen geschickt worden, wo man ihn verhaftet habe, da gegen ihn ein Steckbrief erlassen worden war. In einem Falle wurde er von Rostock gesucht. Er habe aber seine Photographie eingeschickt, aus der hervorging, daß er nicht der gesuchte Max Schultze sei. In dem jetzigen Fall handelt es sich um einen Diebstahl in Lobethal bei Bremen. Dort befindet sich eine Arbeitsanstalt für Obdachlose. Von einem der Insassen, der sich unter dem Namen Max Schultze dort einschreiben lassen, war ein Einbruch verübt worden. Der Angeklagte ist der Meinung, daß dieser ihm auch seine Papiere gestohlen habe und nun unter falschem Namen Diebstähle verübe.

Die vorgeladenen Zeugen bekundeten, daß der Dieb, der sich tatsächlich mit den Papieren des Angeklagten ausgewiesen hatte, nicht mit dem Angeklagten identisch sei. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts sprach die Strafkammer den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Auf der Suche nach einem Hochstapler.

Eine Bekanntschaft im bayerischen Gebirge ist einer Berliner Dame verhängnisvoll geworden. In der Sommerfrische lernte sie einen Mann kennen, der sehr vornehm und gewandt auftrat und sich Alfred Stadler nannte. Sie erwiderte seine Neigung, die er bald bekundete, und nahm auch einen Heiratsantrag an. Herr Stadler wollte alsbald bei der Mutter seiner Braut in Berlin vorsprechen.

Zunächst machte das Paar noch einige Hochtouren u. a. von Garmisch-Partenkirchen aus auf die Zugspitze. Dann reiste die Dame ab. Herr Stadler hielt Wort und erschien zu einem Besuch bei der Mutter. Er erzählte, daß er jetzt Unter den Linden 56 wohne. Im Laufe der Unterhaltung zeigte ihm die junge Dame auch ihren Schmuck. Auf diese Gelegenheit hatte der Besucher nur gewartet. Als man ihn einen Augenblick allein ließ, verschwand er mit dem Schmuck, der mehrere Milliarden wert ist, und nahm noch zweieinhalb Millionen Mark Papiergeld mit. Zu den gestohlenen Sachen gehören drei goldene Armbänder, zwei Granatarmbänder, drei Paar Ohrringe mit Smaragd, Opal und Rubin, eine goldene Brosche mit Saphir und Rubin, ein Rosenkranz aus Silber, und Perlmutter, ein rotgoldener Ring mit Smaragd, ein Medaillon mit Brillanten an einer goldenen Kette, eine goldene und eine silberne Uhr, ein Siegelring mit blauem Stein, ein Dutzend Teelöffel und ein Photographen-Apparat. „Stadler" ist ohne Zweifel ein internationaler Schwindler. Er spricht Französisch, Englisch, Russisch, Tschechisch und Türkisch.

Vom Büchertisch.

Alle unter dieser Rubrik besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung Carl Braus zu beziehen.

Gräberfunde in den Anden. Von interessanten Gräberfunden in den Anden, die manches Licht in das Dunkel rätselhafter untergegangener Indianerkulturen werfen, berichtet W. Hopp in der „Gartenlaube". Aus dem kulturhistorisch wichtigen Gelände des Paramo Angel, dem nördlichen Ausläufer des alten Inkareiches, erfahren wir von den seltsamsten Grabfunden, die da gemacht wurden. Charakteristisch für die Grabstätten der Völker des Inkareiches ist die Lage der Toten. Die Gold enthaltenden Gräber der Reichen sind nach Osten zu gebaut, die Armen lagern nach Westen. In allen Gräbern findet man Totenschalen mit Mais und Chicha (ein Maisextrakt), wertvollen Halskettenschmuck, Armbänder usw. Ein gänzlich anderes Gepräge haben die naheliegenden Gräber der Chibchavölker Kolumbiens. Tief in Höhlen eingebaute Gräber mit senkrecht in die Tiefe führenden Zugängen, regelrechte Tonfiguren, die wohl die Toten darstellen sollen, bezeichnen den hohen Totenkult der Chievölker. Manche interessante Rückschlüsse lassen sich aus diesen und vielen anderen Funden und Ueberresten auf die längst verfallenen Kulturen alter, südamerikanischer Völker tun.

Anzeigenpreise ab 22. Sept.:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 22. September 30 000) zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 22. September 1923 wird für den Landkreis Hörde der Preis für

1 Liter Vollmilch auf 7000000 Mark

festgesetzt.

Hörde, den 22. September 1923.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Bekanntmachung.

Die Feststellung des Ersatzmannes für das aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedene Mitglied Oberstadtsekretär Heinrich Schulte findet gemäß § 59 der Wahlordnung für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am Dienstag, den 25. September 1923 nachmittags 4½ Uhr im Magistratssitzungszimmer statt.

Schwerte, den 21. September 1923. 3014

Der Wahlvorsteher:
Rohrmann.

Bekanntmachung.

Wegen Ueberlassung der Amtsbeamten sind sämtliche Büros einschl der Kasse des Nachmittags geschlossen. Außerdem ist die Kasse des Sonnabends den ganzen Tag geschlossen.

Westhofen, den 19. September 1923.

3012 **Der Amtmann.**

Was wir bergen in den Särgen ist der Erde Kleid,
Was wir lieben, ist geblieben, das bleibt uns in Ewigkeit.

Diese Nacht um 1 Uhr entschlief sanft mit großer Geduld ertragenem schweren Leiden und nach öfterem Empfang der hl. Sterbesakramente, meine innigstgeliebte Frau, unsere gute treusorgende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Frau Bernhard Asmuth

Marie geb. Küster

Dieselbe war Mitglied des Marienvereins

im Alter von 70 Jahren.

3021 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Holzen, Sommerberg, Loh, Hörde, Düsseldorf, Berghofermark und Hagen, den 22. September 1923.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag nachmittag um 3 Uhr vom Sterbehause aus, Holzenerweg 5. Das Seelenhochamt findet am Mittwoch, morgens um 7 Uhr, statt.

Erhalte diese Woche eine Ladung Ia. Papenburger

Preßtorf

für Hausbrand.

Bester Ersatz für Kohlen.

Zentner 45 000 000.— Bei Abnahme von 10 Zentner frei Haus.

Heinrich Löbenhaus, Borghorst.

Bestellungen nimmt entgegen 3024

J. Mildenberg,

Telefon 304. Jägerstraße 1.

Wir suchen für einen unserer Angestellten in gutem Hause volle

Pension.

Gebr. Stein
Schwerte.

Aelteres, tüchtiges

Mädchen

mit guten Zeugnissen, welches kochen kann, bei sehr hohem Lohn und Sonstigem für baldigst gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Bekanntmachung.

Ab 23. 9. 23 beträgt die Schlüsselzahl zur Grundlohneinteilung v. 12. 9. 23, 10 Millionen. 2020

Schwerte, 22. 9. 23.

Der Vorstand
der
Allgem. Ortskrankenkasse
Schwerte (Ruhr)
Stellbring Rothenberg.

Technikum Lemgo
(Lippe)
Höhere technische Lehranstalt
Staatskommissar

1 Milliarde Belohnung.

In der Nacht vom 22. zum 23. Sept wurde auf der Pumpstation Villigst bei Schwerte ein Treibriemen, 15 Mtr. lang, 155 Millimeter breit, 6 Millimeter dick, gestohlen. Obige Belohnung erhält, ohne daß wir von seinem Namen Gebrauch machen, wer uns den Täter nachweist, oder zweckdienliche Angaben macht, die zur seiner Festnahme führen.

Dortmunder Wasserwerks-Gesellschaft m. b. H.
Dortmund Hagenstraße 1. 3018

Stroh

zu kaufen gesucht.

Zu erfr. in der Geschst.

Hündchen

(Fox)

in gute Hände zu vergeben

Zu erfr. in der Geschst.

Für sofort wird ein

Lehrling

für Ladenbedienung gesucht

Nierhoff

Kaufhaus für Lebensmittel

Brückstraße 23.

Frau

zu Gartenarbeit gesucht (pflanzen, jäten, hacken)

Zu erfr. in der Geschst.

„Verlangen Sie stets Original ½-Pfd.-Pakete"



Die Kanne ist schon wieder leer — Weil Kikuth-Kaffee schmeckt nach mehr

20 % Bohnen-Kaffee rote Packung

30 % Edel-Mischung grüne Packung

40 % Bohnen-Kaffee blaue Packung